



Niederschrift

3. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 22.01.2015
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung
Herr Nico Marquardt	SPD	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	ab 16:35 Uhr
Herr Björn Karl	CDU/ANW	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr René Kulke	DIE aNDERE	
Frau Imke Eisenblätter	Bürgerbündnis/FDP	
Herr Dennis Hohloch	AfD	
Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger	ab 16:35 Uhr
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	ab 16:40 Uhr

Stellv. Ausschussmitglieder

Frau Katja Altenburg	anerkannte freie Träger
----------------------	-------------------------

beratende Mitglieder

Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche
Herr Ronald Sima	Kreiselterrat
Frau Madleen Bernhardt	Stadtsportbund
Herr Lutz Boede	Migrantenbeirat
Frau Rita Franke	Amtsgericht
Herr Alexander Gehl	Polizeiinspektion Potsdam
Herr Michael Berndt	Jüdische Gemeinde
Frau Solveig Hannemann	Agentur für Arbeit
Herr Maximilian Koppe	Kinder- und Jugendbüro
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt
Herr Reinhold Tölke	Jugendamtsleiter

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Geschäftsbereich 3
---------------------------------	------------------------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Friederike Harnisch	CDU/ANW	entschuldigt
--------------------------	---------	--------------

beratende Mitglieder

Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik	Ltrn. Büro	nicht entschuldigt
Frau Karola Linke	f.Chancengleichh./Vielfalt	entschuldigt
Herr Philipp Ziems	Gesundheitsamt	entschuldigt

Gäste:

Frau Helga Hübner	stellv. Ausschussmitglied
Herr Dirk Harder	Ausschussmitglied
Frau Carol Wiener	Regionale Jugendhilfe AG 1
Herr Holger Zschoge	Förderverein INWOLE
Herr Florent Vivier	Sozialarbeiter INWOLE e.V.
Frau Christina Weidner	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.12.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Vorstellung der Arbeit des Vereins zur Förderung innovativer Wohn- und Lebensformen (INWOLE)
- 5 Wahl der/des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses
- 6 Wahl der beiden Vertreter/-innen der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII in den Unterausschuss
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016
Vorlage: 14/SVV/1088
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
- 7.2 Zukunftsprogramm 2019
Vorlage: 14/SVV/1090
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
- 7.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2015
Vorlage: 14/SVV/1045
Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service

- 7.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 10 Kostenlose Essensversorgung in Kitas/Schulen
Vorlage: 14/SVV/1067
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 7.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 11 Kitagebühren senken und Beitragsordnung anpassen
Vorlage: 14/SVV/1068
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 7.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 14 Hort- und Freizeitbetreuung für Kinder mit geistiger Behinderung
Vorlage: 14/SVV/1072
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 7.7 Schulanschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung
Vorlage: 14/SVV/1082
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 8 Anträge
- 8.1 Auswahlverfahren und -kriterien Jugendhaus "el centro"
Vorlage: 15/SVV/0029
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 8.2 Entsendung eines Vertreters/einer Vertreterin in die Prüfkommision für das Auswahlverfahren zum Jugendhaus "el centro"
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.12.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 10 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zur Niederschrift vom 27.11.2014:

Herr Kolesnyk stellt die Niederschrift zur Sitzung am 18.12.2014 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0

Abstimmung zur Tagesordnung:

Herr Kolesnyk informiert, dass der Unterausschuss eine neue Geschäftsordnung vorlegen wird, die auch Veränderungen bei der Besetzung des Unterausschusses beinhaltet. Deshalb sollte der TOP 6 „Wahl der beiden Vertreter/-innen der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII in den Unterausschuss“ zurückgestellt werden, um die Wahl dann auf der Basis der neuen Geschäftsordnung durchführen zu können.

Im Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ wird er eine Information zur Schulung „Lebendige Jugendhilfeausschüsse“ geben.

Herr Boede verweist auf die Beschlussvorlage 15/SVV/0028 „Änderung des Beschlusses 14/SVV/1013 (Unterbringung und Betreuung der noch im Jahr 2014 durch die Landeshauptstadt Potsdam aufzunehmenden Flüchtlinge) und bittet diesbezüglich um Informationen.

Herr Kolesnyk teilt mit, dass dazu im TOP 2 „Informationen des Jugendamtes“ durch die Verwaltung informiert wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Herr Kolesnyk die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Frau Müller-Preinsberger informiert, dass am 15.01.2015 fünf **unbegleitete minderjährige Flüchtlinge** in Potsdam aufgenommen wurden. Zunächst wurden die Jugendlichen in der Gemeinschaftsunterkunft auf dem Gelände der ehemaligen Feuerwache in der Werner-Seelenbinder-Straße untergebracht und sind mittlerweile in den Lerchensteig umgezogen. Sie macht darauf aufmerksam, dass eigentlich der Brandenburger Weg sagt, dass alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unter 16 Jahren automatisch einen Erziehungsbedarf haben und somit Hilfen zur Erziehung erhalten. Für die fünf Jugendlichen besteht laut Aussage der Erstaufnahmestelle kein Erziehungsbedarf. Eine Amtsvormundschaft ist durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie beantragt.

Die Landeshauptstadt Potsdam plädiert dafür, dass jeder unbegleitete minderjährige Flüchtling einen Erziehungsbedarf bescheinigt bekommt und Hilfen zur Erziehung erhält. Dies setzt aber voraus, dass der Bedarf in der Erstaufnahmestelle festgestellt und Hilfe zur Erziehung beantragt wird. Wenn der Erziehungsbedarf nicht im Vorfeld erkannt ist und sich erst im Nachhinein herausstellt, bekommen die Kommunen die Kosten nicht erstattet und haben diese somit selbst in voller Höhe zu tragen.

Abschließend informiert Frau Müller-Preinsberger, dass am 23.01.2015 der Asylgipfel der Landesregierung stattfindet, an dem sie gemeinsam mit dem Oberbürgermeister teilnehmen wird.

Frau Dr. Müller hat in Erinnerung, dass Potsdam bisher keine unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zugewiesen bekommen hat. Sie fragt, ob diese Verabredung mit dem Ministerium nun aufgehoben ist.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass die Landeshauptstadt Potsdam diesbezüglich vom Land angesprochen worden ist. Im Vorfeld gab es von Seiten des Landes Gespräche mit Trägern zu einer möglichen Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Dies soll auch am 23.01.2015 auf dem Asylgipfel thematisiert werden.

Herr Boede verweist auf das entsprechende Angebot des Diakonischen Werkes in einem Objekt auf Hermannswerder. Dem Träger sollte analog dem Verfahren zur Errichtung der Gemeinschaftsunterkunft zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen im Lerchensteig freihändig der Auftrag gegeben werden.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass die Grundvoraussetzung ist, dass ein Bedarf an Hilfen zur Erziehung festgestellt ist. Die Hoffbauerstiftung ist aus ihrer Sicht grundsätzlich ein geeigneter Träger. Zwischenzeitlich gibt es allerdings weitere Träger, die ein Interesse signalisiert haben. Hier muss zwingend eine Ausschreibung erfolgen, um nicht einen Träger zu bevorzugen.

Herr Tölke betont, dass die Jugendlichen bei einem bestehenden Bedarf an Hilfen zur Erziehung in speziellen Einrichtungen betreut werden. Besteht dieser nicht, können die Jugendlichen in die Kommunen verteilt werden. Sollte sich im Nachhinein herausstellen, dass ein Jugendlicher einen Bedarf an Hilfen zur Erziehung hat, entstehen die Kosten für die Kommune. Wenn dieser bereits in der Erstaufnahmestelle festgestellt ist, werden die Kosten durch das Land getragen.

Frau Müller-Preinesberger stellt klar, dass dies einheitlich im Land Brandenburg geregelt werden muss. Zur Fristwahrung muss innerhalb von vier Wochen nach Einreise der Hilfebedarf festgestellt und angemeldet werden. Sie macht deutlich, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam nicht der Verantwortung für die jungen Menschen entziehen möchte.

Herr Tölke ergänzt, dass, wenn sich ein erzieherischer Bedarf herausstellt, eine adäquate Hilfe organisiert wird.

Herr Otto fragt, was im Sinne einer Willkommenskultur für die Jugendlichen getan wird.

Frau Hübner weist darauf hin, dass auch bisher einzelne unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Potsdam gekommen sind, die in den bestehenden Einrichtungen aufgenommen und integriert wurden.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Beschlussvorlage 15/SVV/0028 „Änderung des Beschlusses 14/SVV/1013 (Unterbringung und Betreuung der noch im Jahr 2014 durch die Landeshauptstadt Potsdam aufzunehmenden Flüchtlinge)“. Da die Wohnmodulanlage aus logistischen Gründen nicht auf dem geplanten Grundstück im Reiherweg aufgestellt werden kann, musste zur Realisierung der **Unterbringung der Flüchtlinge** ein anderer Standort gefunden werden. Die weitere Prüfung hat ergeben, dass auf dem Grundstück **in der David-Gilly-Straße**, auf dem sich die Kita „Tönemaler“ befindet und auch der Ersatzbau für das „Ribbeckeck“ errichtet werden soll, auch die Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge realisiert werden kann. Die Flüchtlingsunterkunft soll nun nicht mit 100 sondern mit 50 Plätzen errichtet werden. Dies wurde auch in der Auswahljury so besprochen. Die somit wegfallenden 50 Plätze müssen in anderen Einrichtungen kompensiert werden.

Mit Träger des „Ribbeckeck“ und der Kita „Tönemaler“ wurde dies bereits kommuniziert.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass es zu Irritation in der Bevölkerung gekommen ist. Es ist geplant, dass die Drucksache am 28.01.2015 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird. Danach werden am 29.01.2015 die Einladungen für die Bürgerinformationsveranstaltung verschickt.

Herr Boede macht deutlich, dass es vom Träger des „Ribbeckeck“ keine Zusage gibt. Er bittet um eine inhaltliche Befassung dazu im Jugendhilfeausschuss.

Herr Tölke erklärt, dass ursprünglich als Ersatz für das „Ribbeckeck“ eine solitäre Lösung geplant war. Dann sollte auf dem Grundstück in der David-Gilly-Straße in einem separaten Container die Flüchtlingsunterkunft errichtet werden. Nun besteht die Möglichkeit in einem Container mit räumlicher Trennung das „Ribbeckeck“ und die Flüchtlingsunterkunft unterzubringen.

Frau Frehse-Sevran weist darauf hin, dass entscheidend ist, welche Flüchtlinge an diesem Standort betreut werden sollen, um dies mit dem Kita-Betrieb vereinbaren zu können.

Daraufhin erklärt Frau Müller-Preinesberger, dass derzeit überwiegend Familien in die Landeshauptstadt Potsdam kommen.

Auf Nachfrage von Herrn Hohloch warum die Bürgerversammlung erst nach Beschlussfassung erfolgt, erläutert Frau Müller-Preinesberger das Verfahren.

Zunächst muss der Beschluss zum Standort gefasst werden, danach werden schnellstmöglich die Anwohner zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Nachdem der Standort feststeht, erfolgt anhand einer Ausschreibung die Trägersuche für die Betreuung der Flüchtlinge. Nach der Trägersuche und Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung wird eine zweite Informationsveranstaltung für die Anwohner durchgeführt, auf der sich dann der Träger vorstellt.

Herr Boede bittet die Verwaltung, zukünftig nur Vorlagen einzureichen, die in ihrer Aussage stimmen. Er bittet aus der Drucksache 15/SVV/0028 herauszunehmen, dass eine Abstimmung mit den Trägern erfolgt ist.

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass in der Sitzung des Hauptausschusses am 21.01.2015 die **Nachnutzung der Biosphäre** besprochen wurde. Eine mögliche Variante wäre die Nutzung durch eine Schule und eine Jugendeinrichtung. An dieser Variante wird weitergearbeitet.

Herr Tölke teilt mit, dass die Hoffbauerstiftung die **Hoffbauer Kinder gGmbH** gegründet und alle Kitas, die sich bisher in der Trägerschaft des Diakonischen Werkes befanden, ab 01.01.2015 dahin übergeleitet hat.

Herr Kolesnyk informiert, dass derzeit durch den Unterausschuss **die Geschäftsordnung des Jugendhilfeausschusses** überarbeitet wird. Er bittet die JHA-Mitglieder, Hinweise und Anregungen an Frau Spyra oder Frau Ukrow zu geben.

zu 3 **Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

Herr Liebe informiert über die Sitzung des **Unterausschusses** vom 13.01.2015.

Der Unterausschuss hat sich mit den Geschäftsordnungen des Jugendhilfeausschusses und des Unterausschusses befasst. Es wird empfohlen, die Geschäftsordnung des Unterausschusses in der Februar-Sitzung des Jugendhilfeausschusses beschließen zu lassen. Des Weiteren hat sich der Unterausschuss zum weiteren Umgang mit der „Sprözl“-Stelle befasst.

Herr Schmolke fragt, ob der Auftrag des Jugendhilfeausschusses an die **Regionale Jugendhilfe AG 2** mit dem Bericht im Jugendhilfeausschuss am 18.12.2014 erfüllt ist.

Frau Frenkler informiert, dass die **AG Kita** am 13.01.2015 getagt hat. Die AG hat sich u.a. mit dem Gesamtkonzept Sozialarbeit an Schule befasst und wird sich auch beim Fachtag am 19.02.2015 einbringen. Es gab auch eine Verständigung zur Elternbeitragsordnung. Hier müssen die Tabellen und das geplante Umsetzungsverfahren noch mit der Verwaltung beraten werden. Ein weiteres großes Thema in den Kindertagesstätten ist das Kinderschutzkonzept. Die Kinderschutzkoordinatorin wird dazu demnächst eingeladen.

Von Seiten der AG Kita besteht ein Klärungsbedarf zu den Einsparungen bei der Finanzierung der Gebäude- und Mietkosten für Kindertagesstätten im Zusammenhang mit dem Zukunftsprogramm.

Am 02.02. und 03.02.2015 soll eine Klausur durchgeführt werden, an der auch Vertreter der Verwaltung teilnehmen. Die AG würde sich sehr freuen, wenn Herr Tölke an der Klausur teilnehmen kann.

Herr Otto fragt nach Gespräch mit Land zu Flüchtlingskindern.

Herr Tölke informiert, dass das Gespräch im Ministerium am 14.01.2015 zu Flüchtlingskindern stattgefunden hat. Das Land signalisiert in der Frage grundsätzliche Gesprächsbereitschaft. Das Land wird seine Vorstellung einer möglichen Beteiligung am 23.01.2015 unterbreiten.

Herr Ströber informiert, dass die **AG Hilfen zur Erziehung** am 10.2.2015 tagt. Er fragt, wann der Beschluss zu den Kennziffern erfolgt.

Herr Tölke kann dazu spontan keine Aussage treffen.

Herr von Essen berichtet, dass die AG Jugendförderung am 22.01.2015 getagt hat. Herr Bindheim hat zum Thema Einbindung der Flüchtlinge in die Kinder- und Jugendarbeit an der Beratung teilgenommen. Es wurde eine intensive Informationsstruktur und weitere Gespräche verabredet. Das Handlungskonzept Schule-Jugendförderung wurde zum Beschluss gebracht. Es wurde beschlossen, Kandidaten für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu benennen. Herr Schmolke hat das Mandat dafür erhalten. Für „el-centro“ hat Herr Harder das Mandat erhalten. Von Seiten der AG Jugendförderung wird gebeten zu prüfen, ob alle Punkte der Bewertungsmatrix gleichwertig sein sollen.

Frau Wiener informiert, dass sich die **Regionale Jugendhilfe AG 1** am 16.01.2015 getroffen hat. Hauptthema der Beratung war die Vorbereitung der Regionalkonferenz am 11.03.2015. im Treffpunkt Freizeit.

Frau Hübner informiert, dass die **Regionale Jugendhilfe AG 3** die Regionalkonferenz am 28.01.2015 von 9:00 – 12:00 Uhr im Bürgerhaus am Schlaatz durchführt.

zu 4 **Vorstellung der Arbeit des Vereins zur Förderung innovativer Wohn- und Lebensformen (INWOLE)**

Herr Zschoge stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation das Projekthaus Potsdam vor und macht dabei deutlich, dass der Schwerpunkt in der Kinder- und Jugendarbeit liegt. Der Verein ist anerkannter Träger der Jugendhilfe. Unter dem Dach des Projekthauses Potsdam befinden sich Werkhaus, Bildungsstätte, Beratungsbüro, Flüchtlingsrat, Opferperspektive und Seminaretage. Sehr wichtig für die Kinder- und Jugendarbeit ist das Werkhaus. Aber auch die Flüchtlingsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil

Die Finanzierung erfolgt durch Zuschüsse des Landes Brandenburg, Stiftungen und EU-Mittel. Jährlich werden ca. 200.000 Euro für Kinder- und Jugendprojekte akquiriert, mit denen ca. 1000 junge Menschen im Alter von 6 bis 27 Jahren erreicht werden. Abschließend weist Herr Zschoge darauf hin, dass es seit 2015 keine Förderung durch die Stadt Potsdam gibt. Er bittet diesbezüglich um Unterstützung.

Herr Otto berichtet, dass er selbst oft vor Ort war und bedauert, dass keine Förderung durch mehr die Landeshauptstadt Potsdam erfolgt. Er bittet um Prüfung im Jugendförderplan, ob ggf. die Förderung einer Stelle möglich ist.

Herr Liebe verweist auf die Möglichkeit der Beantragung von Projektmitteln. Er regt an, über den entsprechenden Projektmitelantrag eine finanzielle Förderung zu erhalten. Des Weiteren bittet er Herrn Zschoge, das Projekthaus Potsdam auch der AG Jugendförderung vorzustellen.

Frau Dr. Müller fragt, in welcher Höhe finanzielle Mittel erforderlich sind.

Herr Zschoge macht deutlich, dass bereits eine enge Zusammenarbeit mit der AG Jugendförderung besteht. Über 5 Jahre wurde das Projekthaus Potsdam als Mehrgenerationenhaus durch den Bund gefördert. Danach gab es eine Übergangslösung, bei der der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie jährlich 14.000 Euro für Kinder- und Jugendprojekte zur Verfügung gestellt hat. Seit 2015 wurde die Förderung eingestellt. Er macht deutlich, dass bereits Anträge auf Projektförderung gestellt wurden, bisher aber keine Information vom Jugendamt dazu kam. Es wurden Projekt- und Sachmittel bzw. eine halbe Stelle beantragt.

Herr Tölke betont, dass nur in begrenztem Rahmen Fördermittel zur Verfügung stehen. Er weist darauf hin, dass es bereits Empfehlungen an den Verein gab, sich bezüglich einer Förderung auch an den Fachbereich Soziales und Gesundheit und an den Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen zu wenden.

Der Verein wurde auch darauf hingewiesen, dass die 2013/2014 ausgereichten Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen. Im aktuellen Jugendförderplan ist der Bedarf nicht ausgewiesen. Eine Regelförderung ist nicht vorgesehen.

Herr Kolesnyk stellt fest, dass das Anliegen im Ausschuss auf Wohlwollen trifft und alle Beteiligten nach einer Lösung suchen werden..

Herr Zschoge informiert, dass für die Flüchtlingsarbeit durch das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt finanzielle Mittel in Höhe von 300,00 Euro zur Verfügung gestellt werden. Aus dem Baubereich ist die Förderung bisher nicht

unterstützt worden.

Herr Tölke fragt, in welcher Form die Qualitätssicherung erfolgt und welche Qualifikation die Mitarbeiter haben.

Herr Vivier (Sozialarbeiter INWOLE e.V.) erklärt, dass die Qualitätssicherung durch Supervision und Evaluation erfolgt. Ein Teil der Mitarbeiter (u.a. er selbst) sind Sozialarbeiter, kommen aber auch aus anderen Berufen.

zu 5 Wahl der/des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass für den Jugendhilfeausschuss zwei stellvertretende Vorsitzende zu wählen sind. In der Sitzung am 27.11.2014 wurde Frau Eisenblätter als stellvertretende Ausschussvorsitzende gewählt. Da ausschließlich Stadtverordnete für die Wahl in Frage kommen, Frau Dr. Müller und Herr Hohloch als stellvertretende Ausschussvorsitzende nicht zur Verfügung stehen, schlägt er Herrn Marquardt vor.

Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung anhand von Stimmzetteln in einer dafür vorgesehenen Wahlkabine. Herr Kolesnyk ruft die stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses einzeln zur Wahlhandlung auf. Nach Abschluss des Wahlvorganges zählt Herr Kolesnyk gemeinsam mit Frau Spyra öffentlich die abgegebenen Stimmen aus.

Herr Kolesnyk gibt das Ergebnis bekannt. Herr Marquardt ist mit 9 Stimmen gewählt und nimmt die Wahl an.

zu 6 Wahl der beiden Vertreter/-innen der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII in den Unterausschuss

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016

Vorlage: 14/SVV/1088

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Kulke fragt, ob die Bürgerhaushaltsanträge bereits in die Haushaltsplanung eingeflossen sind.

Dies wird von Frau Müller-Preinesberger verneint.

Herr Kolsnyk verweist auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt im Zusammenhang mit der Drucksache 14/SVV/1082 „Schulanschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung“, der auch so vom Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion zum Beschluss empfohlen wurde. Der Antrag wurde allen JHA-Mitgliedern als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Mittel für eine Ferien- und

Schulanschlussbetreuung gemäß dem nach Antrag 14/SVV/1082 zu erarbeitenden Konzept im Haushalt 2015/2016 bereitzustellen.

Begründung:

Der derzeitige Bedarf liegt laut Abfrage der Elterninitiative bei ca. 20 Jugendlichen. Pro Kind wird ein Mittelbedarf von etwa 800,00 €/Monat angenommen. Das ergibt jährliche Kosten in Höhe von ca. 200.000,00 €

Frau Müller-Preinesberger bittet die JHA-Mitglieder darüber nachzudenken, ob sie sich dem Antrag anschließen können.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass der als haushaltsbegleitender Antrag eigentlich ein Haushaltsantrag ist. Der andere Antrag wäre dann der haushaltsbegleitende Antrag.

Des Weiteren verständigen sich die JHA-Mitglieder, dass die Begründung zum Antrag, auch wenn diese nicht beschlossen wird, angepasst werden sollte. Da das Konzept noch erstellt werden muss und somit noch keine klare Summe absehbar ist, sollte die Finanzierung aus dem Budget des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung umgesetzt werden, um den Haushalt nicht zusätzlich zu belasten.

Herr Kolesnyk stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0

Anschließend bittet er um Abstimmung über die so ergänzte Drucksache.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen.

Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

+ Ergänzung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Mittel für eine Ferien- und Schulanschlussbetreuung gemäß dem nach Antrag 14/SVV/1082 zu erarbeitenden Konzept im Haushalt 2015/2016 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

zu 7.2 Zukunftsprogramm 2019

Vorlage: 14/SVV/1090

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Frau Dr. Müller fragt, ob zu den von Frau Frenkler im TOP 3 angesprochenen Einsparungen bei der Finanzierung der Gebäude- und Mietkosten für Kindertagesstätten eine Erläuterung gegeben werden kann.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die bisher sehr unterschiedlichen Verfahren bei der Refinanzierung der Errichtung von Kindertagesstätten. Dies führt zu Ungleichbehandlung und ist rechtlich nicht vertretbar. Eine Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes hat dies bestätigt. Die üblichen Abschreibungszeiträume müssen jetzt bei allen Einrichtungen zugrunde gelegt werden. Auch die Frage der baulichen Standards muss besprochen werden. Es müssen vergleichbare Standards entwickelt werden. Wenn es hier ein einheitliches Verfahren gibt, würde dies zu den entsprechenden Einsparungen führen.

Herr Tölke ergänzt, dass erste Verhandlungen mit Trägern ergeben haben, dass dies möglich ist.

Herr Ströber fragt, ob dies auch für bestehende Verträge gilt.

Herr Tölke, teilt mit, dass derzeit geprüft wird, ob diese Dinge im Nachhinein zu heilen sind. Hierzu befindet sich die Verwaltung mit den Trägern in Gesprächen.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2015

Vorlage: 14/SVV/1045

Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service

Die Liste der angemeldeten Sanierungsmaßnahmen liegt allen Ausschussmitgliedern vor.

Frau Dr. Müller hat festgestellt, dass Verschiebungen der Sanierungsmaßnahmen bei den Kindertagesstätten eher marginal sind. Bezüglich der Sanierungsmaßnahmen in den Jugendklubs bittet sie um Erläuterung, wie diese eingeordnet sind. Ihr ist aufgefallen, dass Jugendklubs, die in früheren Jahren als sanierungsbedürftig ausgezeichnet waren, nun nicht mehr in der Auflistung auftauchen.

Frau Weidner (FB Kinder, Jugend und Familie) erklärt, dass die Sanierungsmaßnahmen in den Jugendklubs angemeldet und mit finanziellen Mitteln hinterlegt wurden. Diese Mittel wurden nun auf die Kitas umgelegt. Der Sanierungsbedarf in den Jugendklubs beläuft sich auf ca. 4,2 Mio. Euro.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 10 Kostenlose Essensversorgung in Kitas/Schulen

Vorlage: 14/SVV/1067

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass sich das nicht mit dem Kita-Gesetz vereinbaren lässt und somit rechtlich nicht möglich ist.

Herr Otto regt an, zusammen mit der Kita-Finanzierungsrichtlinie die Mindeststandards bei der Qualität des Essens zu beraten.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Eine Grundvoraussetzung für die Entwicklungsfähigkeit eines Kindes ist eine gesunde und ausgewogene Ernährung. Um Chancengleichheit für alle Kinder zu ermöglichen, ist es zwingend erforderlich eine kostenlose Essensversorgung in Kitas und Schulen anzubieten

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 10

Somit ist der Antrag abgelehnt.

**zu 7.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 11 Kitagebühren senken und Beitragsordnung anpassen
Vorlage: 14/SVV/1068**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Tölke informiert, dass die Elternbeitragsordnung derzeit angepasst wird. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird derzeit vorbereitet und soll zum 01.08.2015 durch die Stadtverordnetenversammlung beschossen werden.

Frau Dr. Müller schlägt vor dem Bürgerhaushaltsantrag zuzustimmen und anzumerken, dass die Verwaltung bereits an der Umsetzung arbeitet.

Herr Liebe merkt an, dass die Formulierung „in Bearbeitung“ dem Bürger gegenüber ehrlicher wäre.

Nach einer kurzen Verständigung einigen sich die Jugendhilfeausschussmitglieder darauf dass der vorliegende Antrag als **Prüfung** zum Beschluss empfohlen wird.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung als Prüfauftrag zu beschließen:

Die Gebühren in Potsdam sind enorm für berufstätige Eltern. Durch eine Senkung der Beiträge kann die Stadt Potsdam die Lebenssituation vieler Familien verbessern und auch den wichtigen Schritt in Richtung kinder- und familienfreundlichsten Stadt Deutschlands gehen. Erstens sollte die Bemessung nicht nach dem Bruttogehalt berechnet werden und zweitens sollten Sondervergütungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc.) nicht mitgezählt werden. In anderen Bundesländern zahlt man mittlerweile ab dem dritten Kitajahr nichts mehr. Das Ungleichgewicht zwischen benachbarten Kommunen Berlin und Potsdam könnte man durch die Senkung der Betreuungskosten endlich geringfügig abmildern. Und nicht nur in Berlin sind die Betreuungskosten geringer, selbst in Michendorf, Saarmund und vielen weiteren benachbarten Landkreisen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

zu 7.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 14 Hort- und Freizeitbetreuung für Kinder mit geistiger Behinderung

Vorlage: 14/SVV/1072

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass sich der Antrag bereits mit der Drucksache 14/SVV/1082 in Umsetzung befindet. Er schlägt vor, darüber abzustimmen.

Frau Dr. Müller empfiehlt, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Herr Kolesnyk schlägt vor, über beide Möglichkeiten abzustimmen und stellt zunächst zur Abstimmung: Der Antrag befindet sich **bereits in Umsetzung**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12
Ablehnung: 0

Danach bittet er um Abstimmung darüber, dass der Antrag in einen **Prüfauftrag** umgewandelt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2
Ablehnung: 0

Der Jugendhilfeausschuss stellt fest, dass sich der Antrag bereits in Umsetzung befindet.

zu 7.7

Schulanschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung

Vorlage: 14/SVV/1082

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Geänderte Fassung zum Antrag:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Ferien- und Schulanschlussbetreuung von Jugendlichen mit Behinderungen zur Verwirklichung von Inklusion eine entsprechende Einrichtung als Modellprojekt zu schaffen. Zielgruppe sollen Jugendliche mit unterschiedlichen Behinderungsformen und –graden (auch Schwer- und Mehrfachbehinderte) sein, die nicht mehr durch die reguläre Hortbetreuung erfasst werden.

Da hier zunächst die Bundesgesetzgebung gefordert wäre, soll die Stadt Potsdam eine entsprechende Initiative starten und Kosten für geeignete Möglichkeiten über freiwillige Leistungen bereit stellen, bis eine bundesgesetzliche Lösung gefunden ist.

Vor diesem Hintergrund sollen alle Bemühungen der Stadt unterstützt werden, um solch eine bundesgesetzliche Regelung schnellstmöglich zu initiieren.

Es soll eine fachbereichsübergreifende projektorientierte Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes eingerichtet werden. Betroffene wie die schon aktive Elterninitiative sowie die Stadtpolitik sollen dabei einbezogen werden.

Das Konzept soll im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion der LH P in seiner Sitzung Juni 2015 vorgestellt werden.“

Frau Eisenblätter bringt folgenden **Ergänzungsantrag** der Fraktion Bürgerbündnis/FDP ein:

„Da nicht nur Jugendliche mit Behinderung aus Potsdam sondern auch aus Umlandgemeinden die Schulanschlussbetreuung in Anspruch nehmen werden, ist zu klären, in welchem Umfang die Kosten hierfür von den Umlandgemeinden getragen werden, bzw. sie sich hieran finanziell beteiligen.“

Herr Kolesnyk stellt die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~ein Konzept für die Schaffung einer Einrichtung für die Ferien- und Schulanschlussbetreuung von Jugendlichen mit Behinderungen zur Verwirklichung von Inklusion~~ **eine entsprechende Einrichtung als Modellprojekt zu schaffen** zu erstellen. Zielgruppe sollen Jugendliche mit unterschiedlichen Behinderungsformen und -graden (auch Schwer- und Mehrfachbehinderte) sein, die nicht mehr durch die reguläre Hortbetreuung erfasst werden.

Da hier zunächst die Bundesgesetzgebung gefordert wäre, soll die Stadt Potsdam eine entsprechende Initiative starten und Kosten für geeignete Möglichkeiten über freiwillige Leistungen bereit stellen, bis eine bundesgesetzliche Lösung gefunden ist.

Vor diesem Hintergrund sollen alle Bemühungen der Stadt unterstützt werden, um solch eine bundesgesetzliche Regelung schnellstmöglich zu initiieren.

~~Es soll eine fachbereichsübergreifende projektorientierte Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes eingerichtet werden. In diesem Rahmen sollen insbesondere Möglichkeiten zur Finanzierung unter Einbeziehung aller hierfür maßgeblichen Kostenträger sowie die räumlichen und personellen Voraussetzungen für solch eine zu schaffende Einrichtung geklärt werden. Betroffene wie die schon aktive Elterninitiative sowie die Stadtpolitik sollen dabei einbezogen werden.~~

Das Konzept soll im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion der LH P in seiner Sitzung ~~Februar~~ **Juni** 2015 vorgestellt werden.

+ Ergänzung:

Da nicht nur Jugendliche mit Behinderung aus Potsdam sondern auch aus Umlandgemeinden die Schulanschlussbetreuung in Anspruch nehmen werden, ist zu klären, in welchem Umfang die Kosten hierfür von den Umlandgemeinden getragen werden, bzw. sie sich hieran finanziell beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14
Ablehnung: 0

zu 8 Anträge

zu 8.1 Auswahlverfahren und -kriterien Jugendhaus "el centro"
Vorlage: 15/SVV/0029

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Tölke bringt die Drucksache ein und teilt mit, dass sich der Zeitplan aufgrund des geänderten Vergabeverfahrens etwas verschiebt. Der konkrete Zeitplan wird noch bekannt gegeben.

Herr Otto weist darauf hin, dass aufgrund der Auswahlkriterien auswärtige Bewerber keine Chance haben.

Frau Frehse-Sevran macht deutlich, dass aus ihrer Sicht die Matrix für mögliche Bewerber sehr undurchsichtig ist.

Herr Schmolke fragt, wie sich die Regionale Jugendhilfe-AG einbringt. Des Weiteren spricht er die Demografieprüfung an und fragt, warum angegeben ist, dass die Drucksache keine demografischen Auswirkungen hat.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass die Demografieprüfung ein älteres Verfahren ist, das durch Frau Trauth-Koschnick seinerzeit in ihrer Funktion als Sozialplanerin entwickelt hat. Die demografischen Auswirkungen der Drucksachen werden nicht evaluiert. Mit der vorliegenden Drucksache wird lediglich das Auswahlverfahren beschlossen. Dieses hat keine demografischen Auswirkungen.

Herr Tölke macht deutlich, dass die Priorisierung der Prüfkriterien durch die Auswahljury festgelegt werden sollte. Es sollte der Jury überlassen werden, in welcher Intensität welche Kriterien bewertet werden.

Herr Wollenberg berichtet, dass die Wichtung der Prüfkriterien durch die Jury festgelegt wird. Nicht alle Kriterien sind gleichwertig. Es kann seiner Ansicht nach auch auswärtige Träger geben, die mit einem guten Konzept eine Möglichkeit haben.

Herr Otto bittet, wie Wertungskriterien nicht zu sklavisch zu sehen. Die Liste sollte seines Erachtens nach die Anhaltspunkte für eine Vorauswahl geben, um dann den oder die ausgewählten Träger zum Vorstellungsgespräch einzuladen.

Herr Boede betont, dass der Jugendhilfeausschuss unbedingt die Wichtung der Kriterien festlegen soll. Es sollten Schwerpunkt in der Wichtung herausgearbeitet werden.

Herr Ströber macht darauf aufmerksam, dass in der Auswahlkommission Mitglieder der regionalen Jugendhilfe AG's und des Jugendhilfeausschusses vertreten sind. Das sind alles Fachleute.

Herr Tölke betont, dass alles, was hier vorgetragen wurde, in die Arbeit der Jury einfließen wird.

Herr Reinke regt an zu überlegen, dass die Arbeit mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine hohe Wichtung erhält.

Herr Wollenberg erklärt, dass in der Auswahljury die Wichtung festgelegt wird, bevor die Konzepte gelesen werden. Er weist darauf hin, dass nur das bewertet werden kann, was in den eingereichten Konzepten steht. Das Verfahren muss immer objektiv bleiben.

Herr Schmolke bittet, die Kriterien mit der laufenden Nr. 13,14 und 20 bis 22 besonders hoch zu bewerten.

Herr Boede stellt klar, dass dem Träger von vornherein die Schwerpunkte mitgeteilt werden müssen.

Frau Dr. Müller teilt mit, dass bei einer Ausschreibung genau beschrieben ist, was gefordert wird.

Frau Altenburg bittet um Verständnis, dass die neuen JHA-Mitglieder, die zum ersten Mal eine derartige Ausschreibung behandeln, viele Fragen zum Verfahren haben.

Herr Ströber stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: Ende der Debatte und Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Die Verwaltung nimmt die Anregungen zu den Schwerpunkten auf. Dies findet in der Bewertung Berücksichtigung.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen eines wettbewerblichen Verfahrens für das Jugendhaus „el centro“ einen geeigneten Betreiber auszuwählen.
2. Grundlage hierfür bilden die von der Verwaltung erarbeiteten Auswahl-/Prüfkriterien (vgl. Anlage) unter Beachtung der freiwilligen europäischen Qualitätsrahmen für Sozialdienstleistungen vom 16.11.2010 - 16319/10.
3. In Abstimmung mit der Vergabestelle prüft und bewertet eine Kommission die Bewerbungsunterlagen auf der Grundlage der vorgenannten Kriterien. Die Prüfkommision ist zu bilden aus:
 - einem/r Vertreter/in des Jugendhilfeausschusses,
 - zwei Vertreter/innen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie (Bereich Regionale Kinder- und Jugendhilfe / Qualitätsmanagement Jugendförderung),
 - einem/r Vertreter/in der Regionalen Jugendhilfe-Arbeitsgruppe 2 (AG nach § 78 SGB VIII) und
 - einem/r Vertreter/in der Arbeitsgruppe Jugendförderung (AG nach § 78 SGB VIII).

Das Votum der Prüfkommision wird der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0

zu 8.2 Entsendung eines Vertreters/einer Vertreterin in die Prüfkommision für das Auswahlverfahren zum Jugendhaus "el centro"

Herr Liebe schlägt Herrn Kolesnyk für die Mitarbeit in der Auswahlkommission vor.

Frau Dr. Müller schlägt Herrn Wollenberg vor, da Herr Wollenberg hier bereits große Erfahrungen hat.

Herr Kolesnyk erklärt seine Bereitschaft, in der Auswahlkommission

mitzuarbeiten.

Frau Eisenblätter übernimmt die Sitzungsleitung und bittet um Abstimmung darüber, dass Herr Kolesnyk in die Auswahlkommission entsandt wird.

Herr Kolesnyk erhält 6 Zustimmungen.

Anschließend bittet sie um Abstimmung darüber, dass Herr Wollenberg in die Auswahlkommission entsandt wird.

Herr Wollenberg erhält 5 Zustimmungen.

Damit vertritt Herr Kolesnyk den Jugendhilfeausschuss in der Auswahlkommission.

Herr Kolesnyk übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

zu 9 Sonstiges

Herr Kolesnyk informiert, dass die Schulung „lebendiger Jugendhilfeausschuss“ mit Prof. Knösel am 20.02.2015 von 15:00 bis 18:00 Uhr stattfinden soll. Zu dieser Schulung sollten alle stimmberechtigten und beratenden Mitglieder sowie deren Stellvertreter eingeladen werden.

Da am 19.02.2015 der Fachtag Schule-Jugendhilfe stattfindet, verständigen sich die JHA-Mitglieder, dass Herr Kolesnyk sich um einen Alternativtermin für die Schulung bemüht und diesen schnellstmöglich bekannt gibt.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 26. Februar 2015, 16:30 Uhr

David Kolesnyk
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin